

4 Teilhabe / Partizipation

4.1 Politische Partizipation

„Der Grad an erreichter Gleichberechtigung und gesellschaftlicher Integration wird sich auch daran messen lassen müssen, inwieweit Zugewanderte an politischen Entscheidungen teilhaben können und ob sie gleiche Chancen auf politische Gestaltungsmacht erlangen. Das schließt die Übernahme von politischen Ämtern und Mandaten ein. Von gelungener Integration kann erst die Rede sein, wenn Migrantinnen und Migranten ganz selbstverständlich in den Parlamenten vertreten sind.“

Dies ist das Ergebnis einer im Auftrag der Heinrich Böll Stiftung durch das ‚Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften‘.

4.1.1 Rat

Keine Großstadt erreicht eine Repräsentation der Migrantinnen und Migranten im Rat, die deren Bevölkerungsanteil entsprechen würde.

Der Stadtrat Köln der Wahlperiode 2009 – 2014 liegt mit sechs Ratsmitgliedern (6,7 %) bei einem gesamtstädtischen Migrantenanteil von 32 % in der bundesweiten Städterangliste an 16. Stelle.

Das Gesamtbild zeigt einen Aufwärtstrend auf niedrigem Niveau und große Unterschiede zwischen den Städten. Frankfurt am Main ist der Spitzenreiter unter den deutschen Großstädten; hier haben 15 Ratsmitglieder (16,1 %) einen Migrationshintergrund. Auch in Stuttgart (13,3 %), Offenbach (12,7 %) und Duisburg (10,8 %) liegt der Anteil vergleichsweise hoch.⁷

4.1.2 Integrationsrat

(Dienststelle 5001/1)

Ausgangslage / bestehende konzeptionelle und/oder gesetzliche Grundlagen

Die Gemeindeordnung NRW regelt in § 27, dass Gemeinden mit mehr als 5.000 ausländischen Einwohnern einen Integrationsrat (alternativ: Integrationsausschuss) einzurichten haben. Die Hauptsatzung der Stadt Köln regelt in § 22 weitere Einzelheiten des Gremiums ‚Integrationsrat‘. Der Integrationsrat hat 33 Mitglieder, 22 Mitglieder werden von den Kölner Migrant/-innen und Migranten gewählt. Weitere 11 Mitglieder entsendet der Rat.

Der Integrationsrat setzt sich für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Kölnerinnen und Kölner ein. Dazu gehören für ihn Chancengleichheit, Toleranz und Akzeptanz auf allen Ebenen des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Der Integrationsrat kann sich mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen. Er arbeitet parlamentarisch und soll in allen wichtigen Angelegenheiten, die die Interessen der Migrant/-innen und Migranten als solche berühren, vor Beschlussfassung durch den Rat oder seiner Ausschüsse beteiligt werden. Hierfür kann er in die Fachausschüsse des Rates sachkundige Einwohner entsenden.

Zu den Aufgaben des Integrationsrates gehört es, über Zuschüsse an Vereine, Zentren und Initiativen zu entscheiden, die sich in der Migrations-, Integrations- und Antidiskriminierungsarbeit tätig sind, Gleiches gilt für Zuschüsse aus EU-, Bundes- oder Landesmitteln zur Förderung der Integration und des friedlichen, gleichberechtigten Zusammenlebens.

Der Integrationsrat hat die Möglichkeit einer eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit.

⁷ Quelle: ‚Vielfalt sucht Rat - Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten‘ in 2011

Perspektive / Schwerpunktsetzung

Der Integrationsrat hat für die Wahlperiode 2010 – 2014 einen Schwerpunktekatalog beschlossen.⁸

Finanzielle Mittel für Öffentlichkeitsarbeit

Gemäß § 22, Abs. 8 der Hauptsatzung weist der Rat dem Integrationsrat Finanzmittel für Werbung, Öffentlichkeits- und Pressearbeit zu. Für das Jahr 2013 und 2014 wurden Mittel in Höhe von jeweils 10.000,- € bereitgestellt.

4.1.3 Sachkundige Einwohner in Ratsausschüssen und Gremien

Bestehende gesetzliche Grundlage

Der Integrationsrat kann dem Rat je ein Mitglied als sachkundige Einwohnerin / sachkundigen Einwohner gemäß § 58 Abs. 4 GO NRW sowie ein Mitglied als stellvertretende sachkundige Einwohnerin / stellvertretenden sachkundigen Einwohner in die Fachausschüsse vorschlagen.

Des Weiteren ist ausdrücklich eine Vertretung des Integrationsrates

- im Veedelsbeirat zum Programm ‚Mülheim 2020‘ sowie
- in der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender vorgesehen.

Sachstand

Mit Stand Mitte 2012 wurden in 13 Ratsausschüsse Mitglieder als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner entsandt. Ein Mitglied, sowie ein vertretendes Mitglied wurden in den Veedelsbeirat entsandt.

Vernetzung

Unter Tagesordnungspunkt 6.1 des Integrationsrates wird den sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern regelmäßig die Möglichkeit gegeben über den Ratsausschuss zu berichten, um gegebenenfalls einzelne Themen im Integrationsrat aufzugreifen.

Das Beiratsmitglied des Integrationsrates kann Themen aus dem Veedelsbeirat im Integrationsrat zur weiteren Behandlung einbringen.

4.1.4 Seniorenvertretung

(Dienststelle 503)

Ausgangslage

Die Seniorenvertretung ist in vielen Bereichen aktiv. Sie vertritt die Interessen der älteren Generation gegenüber politischen Gremien und allen für Seniorinnen und Senioren wichtigen Einrichtungen und ist in den Arbeitsgemeinschaften Seniorenpolitik sowohl in den Stadtbezirken als auch auf gesamtstädtischer Ebene tätig.

- Menschen über 60 werden beraten zu den Möglichkeiten, im persönlichen Lebensbereich Aktivitäten und Selbstständigkeit zu fördern und solange wie möglich zu erhalten.
- Die Öffentlichkeit wird informiert über grundsätzliche Möglichkeiten und Entwicklungen der Seniorenpolitik. Dabei wird auch das Ziel verfolgt, ältere Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Mitarbeit in allen Lebenslagen anzuregen.
- Die Interessen der älteren Generation werden gegenüber der Stadtverwaltung sowie gegenüber den Trägern der Seniorenarbeit und sonstigen seniorenrelevanten Einrichtungen vertreten.

⁸ Siehe Homepage des Integrationsrates Köln: <http://www.stadt-koeln.de/1/stadtrat/ausschuesse-gremien/integrationsrat/>

- Rat und Verwaltung, die Träger der Seniorenarbeit und die sonstigen Einrichtungen werden beraten, bevor diese über Planungen und Maßnahmen entscheiden, die für die ältere Generation von Bedeutung sind.

In ihrer Arbeit verfolgt die Seniorenvertretung keine wirtschaftlichen Ziele. Sie ist ehrenamtlich, überparteilich und überkonfessionell tätig. Ihre Mitglieder erhalten keine Zuwendungen, sondern nur eine Aufwandsentschädigung und gegebenenfalls Sitzungsgelder.

Die Seniorenvertretung wird alle fünf Jahre von allen Kölner/-innen ab 60 Jahre gewählt.

Bestehende konzeptionelle und/oder gesetzliche Grundlagen

Um die Kölner Migrant/-innen und Migranten in die Seniorenvertretung stärker einzubeziehen, wurde im Jahr 1996 folgender Passus in der Wahlordnung verankert:

„Ist unter den gewählten Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter keine Bewerberin/kein Bewerber mit ausländischer Staatsangehörigkeit, es haben im Wahlkreis aber mindestens zwei kandidiert, wird die jeweilige Bezirksseniorenvertretung um ein sechstes Mitglied mit ausländischer Staatsangehörigkeit erweitert. Die gewählten Seniorenvertreter/-innen ausländischer Staatsbürgerschaft wählen aus ihrer Mitte mit Stimmenmehrheit bis zu zwei Vertreter/-innen sowie Stellvertreter/-innen, die der Stadtarbeitsgemeinschaft Altenpolitik angehören sollen“.

Diese Regelung wurde nach den Wahlen im Jahr 2011 in den Stadtbezirken Ehrenfeld und Kalk angewandt, d.h. dort ist jeweils eine sechste ausländische Bürgerin Mitglied der Seniorenvertretung.

Steuerung und Vernetzung

Ein Mitglied der Seniorenvertretung hat den Status eines ständigen Gastes im Integrationsrat.

4.2 Bürgerschaftliches Partizipation

(Dienststelle: 01 – Gremium: Sozialausschuss)

Ausgangslage / Datenlage / Bestehende gesetzliche und/oder konzeptionelle Grundlagen

In Köln war 2009 etwas mehr als ein Fünftel der Bevölkerung ehrenamtlich aktiv, wobei Männer etwas häufiger engagiert waren als Frauen. Es brachten sich vor allem die älteren Altersgruppen sowie die gut ausgebildete und einkommensstärkere Bevölkerung ein. Das Engagement konzentrierte sich abgesehen vom finanziellen Engagement auf soziale Tätigkeiten in Form unbezahlter Familienarbeit und Aktivitäten im kirchlichen Bereich.

Zum bürgerschaftlichen Engagement von Migrant/-innen in Köln hat das Amt für Stadtentwicklung und Statistik Zahlen veröffentlicht. Danach wiesen Personen mit Migrationshintergrund 2009 mit 17% eine geringere Engagementquote auf als Personen ohne (23%), sind tendenziell jedoch in denselben Bereichen aktiv wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.⁹

Stand der Interkulturellen Öffnung – Förderung des gleichberechtigten Zugangs

Titel	Kurzbeschreibung	Kosten
Arbeitskreis Bürgerengagement und Migration (01)	Durchführung von Aktionen zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements von und für Migrant/-innen und Migranten	2000,- € / 2012

Steuerung und Vernetzung

Die Steuerungsgruppe ist vom Rat der Stadt Köln beauftragt. Sie setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalstelle zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements (FABE), der in der Kölner Arbeitsgemeinschaft bürgerschaftliches Engagement (KABE) zusammengeschlossenen Organisationen, der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Verwaltung, des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) sowie der Politik als gleichberechtigten Partnern. Die Steuerungsgruppe legt Arbeitsschwerpunkte fest, richtet Arbeitsgruppen ein, hat die Sprecherfunktion inne und organisiert Fachveranstaltungen und Aktionen. Im Laufe des Entwicklungsprozesses wird/soll sie ihre Legitimation mehr und mehr aus dem Plenum beziehen.

Das Kölner Netzwerk für Bürgerengagement ist Impulsgeber für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und bündelt die Aktivitäten rund um die Förderung des Ehrenamts in Köln. Die Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement (KABE) hat das Thema „Bürgerengagement und Migration“ seit Anfang 2007 in eine spezielle Arbeitsgruppe gegeben. Ziel der Arbeitsgruppe ist der gemeinsame Aufbau und Weiterentwicklung eines Netzwerks von z. Z. 27 Partnern (Interkulturelle Zentren, Migrantenselbstorganisationen und Vereinen) aus unterschiedlichen Bereichen der kommunalen Gesellschaft in Köln.

⁹ Im Internet abrufbar unter <http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/koelner-statistische-nachrichten-1-2012-buergerschaftliches-engagement.pdf>

4.2.1 Interkulturelle Zentren

(Dienststelle: 5001/1 – Gremien: Integrationsrat, Sozialausschuss)

Ausgangslage

Interkulturelle Zentren sind Begegnungsstätten die von Migrantenselbsthilfeorganisationen, Wohlfahrtsverbänden oder eingetragenen Vereinen betrieben werden. Interkulturelle Zentren haben sich in Köln seit Beginn der 1970er Jahre als ein Bestandteil der Integrationsarbeit etabliert. Die Interkulturellen Zentren arbeiten für die Integration der in Köln lebenden Menschen mit Zuwanderungshintergrund und sehen die Förderung des gleichberechtigten Zusammenlebens aller Menschen in Köln als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Der Charakter der einzelnen Zentren ist hinsichtlich der Zielgruppen, Angebote sowie räumlichen, personellen und finanziellen Möglichkeiten sehr unterschiedlich.

Es wird zwischen großen, mittleren und kleinen Interkulturellen Zentren unterschieden, die je nach Kategorie auch unterschiedlich gefördert werden (4.000,- €, 8.000,- € 18.000,- € im Jahr). Zurzeit gibt es 39 anerkannte Interkulturelle Zentren – 35 davon erhalten in oben beschriebenem Sinne städtische Zuschüsse.

[zu Liste Interkulturelle Zentren](#)

Die finanzielle Bezuschussung in den vergangenen Jahren stellt sich folgendermaßen dar:

2007 =	330.000,- €
2008 =	390.000,- €
2009 =	390.000,- €
2010 =	384.000,- €
2011 =	409.000,- €
2012 =	409.000,- € (darin enthalten sind 45.000, € Kulturförderabgabe)
2013 =	399.500,- €

Bestehende gesetzliche und/oder konzeptionelle Grundlagen

Die Interkulturellen Zentren werden auf der Grundlage einer Anerkennungs- und Förderrichtlinie vom Integrationsrat und Sozialausschuss anerkannt und finanziell gefördert. Die Förderung und Begleitung der Arbeit der Interkulturellen Zentren ist eine wesentliche Aufgabe des Kommunalen Integrationszentrums und des Integrationsrates.

Steuerung und Vernetzung

Arbeitskreis ‚Interkulturelle Zentren‘ (als Zusammenschluss der Zentren) zur inhaltlichen und organisatorischen Weiterentwicklung der Aktivitäten. Der Arbeitskreis trifft sich auf Einladung des Kommunalen Integrationszentrums vier Mal jährlich.

Der Grad der Vernetzung der einzelnen geförderten Zentren mit Institutionen und Trägern im Stadtbezirk / Stadtteil ist sehr unterschiedlich, ist aber durchgängig als Teil der Angebotsstruktur vorhanden.

4.2.2 Migrantenorganisationen

(Dienststelle: 5001/1 – Gremium: Integrationsrat)

Ausgangslage / Datenlage

Migrantenorganisationen sind die von Zuwanderinnen und Zuwanderern gegründeten Zusammenschlüsse bzw. Vereine.

Unterschieden wird zwischen „herkunftshomogen“ und „herkunftsheterogen“ zusammengesetzten Vereinen. Mitglieder herkunftshomogener Vereine kommen aus einem Land, einer Region bzw. Stadt oder einer bestimmten religiösen oder ethnischen Gruppe. Herkunftsheterogene Vereine dagegen setzen sich aus Mitgliedern verschiedener Länder bzw. Religionen zusammen. Neben dieser Unterscheidung wird ebenfalls zwischen Vereinen, die sich am Herkunftsland orientieren, und Vereinen, die sich an der Aufnahmegesellschaft orientieren, getrennt. Die Themenfelder der Migrantenorganisationen sind vielfältig: Religion, Kultur, Sport, Bildung, Politik etc. Ihr Ziel ist es, eigene Interessen durchzusetzen, Selbsthilfepotenziale zu bündeln und Brücken in die Gesellschaft zu bauen.

Kurz nach ihrer Einwanderung in den 50er- und 60er- Jahren haben sich ausländische Arbeiter in Deutschland vorwiegend in Arbeitervereinen organisiert. Insbesondere ging es den Menschen um die Pflege und Bewahrung der heimischen Kultur. Zudem wurden den „eigenen Landsleuten“ Hilfestellungen und soziale Dienstleistungen in deren Muttersprache angeboten. Zu Beginn der 70er- Jahre bildeten sich zunehmend politische Vereine – das hatte insbesondere mit den Staats- und Regierungskrisen in vielen Herkunftsländern zu tun (z. B. Türkei). In den 70er- und 80er-Jahren änderte sich die berufliche Situation der Migrantinnen und Migranten – beispielsweise machten sich immer mehr von ihnen selbstständig oder wurden verstärkt im Dienstleistungsbereich tätig. So entstanden vermehrt Berufsverbände als Interessenvertretung dieser Zielgruppe.¹⁰

[zu Liste_Migrantenorganisationen](#)

Das Kulturangebot der Migranten(kultur)vereine wurde in 2011 in der Studie ‚Kulturwelten in Köln‘ untersucht:

„Die Kulturangebote der Migranten(kultur)vereine in Köln finden sich nur sehr selten in offiziellen Veranstaltungskalendern. Dabei organisieren nahezu alle befragten Migranten(kultur)vereine (97%) kulturelle Angebote und zwar im Jahr 2009 mindestens rund 1.400 Einzelveranstaltungen. Vorträge (60%), Musik (58%) und kreative Angebote (51%) sind dabei am häufigsten vertreten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf traditionellen Kunstformen aus den Herkunftsländern der Mitglieder. Die große Mehrzahl der Vereine agiert nicht ausschließlich isoliert, sondern kooperiert mit anderen kulturellen Akteuren in Köln (87%) bzw. richtet sich in der Mitgliedschaft an verschiedenen Herkunftsländern (74%) aus. Die befragten Vereine zeigen sich grundsätzlich sehr zufrieden mit dem Kölner Kulturangebot.“¹¹

¹⁰ Quelle: http://www.migration-online.de/data/publikationen_datei_1164033318.pdf

¹¹ Keuchel, Susanne und Larue, Dominic / Zentrum für Kulturforschung: Kulturwelten in Köln – Eine empirische Analyse des Kulturangebots mit Fokus auf Internationalität und Interkulturalität, Köln 2011, S. 5

Projekte

Titel	Kurzbeschreibung	Kosten	Sachstand
Interkulturelle Woche - (5001/1)	<p>wird seit 26 Jahren in Köln vom Trägerkreis (die Stadt ist Mitglied) der Kölner Migrantenorganisationen, Vereinen, Kulturbetrieben und anderen Aktiven durchgeführt. Der Trägerkreis organisiert und finanziert die jährliche Eröffnungsveranstaltung und erstellt das Programmheft (Gesamtkosten ca. 22.000 €)</p> <p>Vereine und Akteure führen jedes Jahr 200 bis 240 Veranstaltungen in den zwei Wochen der Interkulturellen Woche durch</p>	<p>15.000 € / 2013</p> <p>Kosten sind nicht bekannt Drittmittel werden regelmäßig eingeworben</p>	<p>Für 2014 ist eine Bezuschussung nicht vorgesehen. Ab 2013 keine IK Woche mehr, vielmehr ist Entwicklung zu Veranstaltungen, die über das Jahr verteilt werden und entsprechender Internetauftritt geplant. Soll nun ab 2014 umgesetzt werden.</p>

Steuerung und Vernetzung

Eine Vernetzung aller Kölner Migrantenorganisationen besteht – außer im Rahmen der Interkulturellen Woche- nicht.

4.3 Religiöse Partizipation

(Dienststelle: 5001, 515)

Ausgangslage / Datenlage

Religionsgemeinschaften leisten Integrationsarbeit für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und sind Kooperationspartner auf unterschiedlichen Ebenen. Religiöse Gemeinschaften sind Teil der Gesellschaft und nehmen auf die Gestaltung integrativer Prozesse für und mit Menschen in ihrer Vielfalt Einfluss.

Mindestens 70% der Kölner/-innen sind religiös gebunden (Statistisches Jahrbuch Köln 2012);

- 38,1% der Kölner Bevölkerung sind Mitglied der katholischen Kirche,
- 16,6 % sind Mitglied der evangelischen Kirche und
- 45,3 % gehören keiner der beiden großen Religionsgemeinschaften an
davon sind 10–15 % (Schätzzahl) muslimischen Glaubens.

In Köln gibt es über 100 verschiedene religiöse Glaubensgemeinschaften/ Glaubensrichtungen.

[zu Liste religiös orient Vereine](#)

Maßnahmen zur Förderung des gleichberechtigten Zugangs

Titel	Kurzbeschreibung	Kosten
„Interreligiöser Runder Tisch“ in den Stadtbezirken (515/IKD)	In den Stadtbezirken - Mülheim - Kalk wurden in den vergangenen Jahren „Interreligiöse Runde Tische“ eingerichtet. Hier sind möglichst viele Religionsgemeinschaften aus dem Stadtbezirk vertreten. Themen sind unter anderem die Organisation gemeinsamer religiöser Feste.	Stellenanteil 515 - keine weiteren Kosten
Kölner Rat der Religionen (OB)	Der Kölner Rat der Religionen tagt als Austauschforum seit 2006 zwei Mal im Jahr auf Einladung des Oberbürgermeisters.	Keine Kosten

Steuerung und Vernetzung

Es gehört nicht zu den Aufgaben der Stadt Köln, den interreligiösen Dialog zu steuern oder zu vernetzen. Dennoch sieht die Stadt es als ihre Aufgabe an, den Dialog zu fördern und bei Bedarf auch eine neutrale Dialogplattform anzubieten. Diese Plattform wurde im Jahr 2006 als „Kölner Rates der Religionen“ eingerichtet.

Der Kölner Rat der Religionen ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Religionsgemeinschaften und Organisationen, die sich für die Förderung des interreligiösen Dialogs und das friedliche, gleichberechtigte Miteinander aller Kölner/-innen und Kölner einsetzen und jede Form von Diskriminierung, Terror und Gewalt ablehnen. Der Rat der Religionen unterstützt den Aufbau verlässlicher Kommunikations- und Kooperationsstrukturen zwischen den in Köln vertretenen Religionsgemeinschaften. Die Bedeutung von Religion als integrierendes Element steht dabei im Mittelpunkt.
(Quelle: Erklärung des Kölner Rates der Religionen, März 2007)

[zu Liste Rat der Religionen](#)